

# **GASTSPIEL Prof. Dr. David Engels: Ungarn nach Orbán - Struktureller Einschnitt und Verschiebung des Gleichgewichts im europäischen Konservatismus**

Die ungarischen Wähler haben mit einer Deutlichkeit, die selbst erfahrene Beobachter überraschte, 16 Jahre ununterbrochener Orbán-Herrschaft beendet und der von Péter Magyar geführten Tisza-Partei einen politischen Triumph beschert, dessen Tragweite weit über einen gewöhnlichen Regierungswechsel hinausgeht. Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament bei einer Wahlbeteiligung von nahezu achtzig Prozent stellt nicht nur eine klare Machtverschiebung dar, sondern eröffnet zugleich die Möglichkeit tiefgreifender institutioneller Veränderungen, einschließlich einer Revision der bestehenden Verfassungsordnung.

Zwar hatten die Monate vor der Wahl eine wachsende Erosion des Vertrauens in das Regierungssystem erkennen lassen, doch war man in Budapest und Brüssel lange davon ausgegangen, dass das von Orbán geschaffene Machtgefüge — trotz erkennbarer Ermüdungserscheinungen — weiterhin stabil genug sei, um wenigstens eine knappe Mehrheit zu sichern. Die nun eingetretene Entwicklung markiert daher nicht lediglich eine routinemäßige Machtübergabe zwischen Regierung zu Opposition, sondern einen strukturellen Einschnitt in das politische Selbstverständnis Ungarns und zugleich eine Verschiebung im Kräftegleichgewicht des europäischen Konservatismus insgesamt.

In eine breitere europäische Perspektive gestellt, erscheint dieser Machtwechsel als Teil einer bereits seit mehreren Jahren zu beobachtenden Entwicklung.

Nach dem Verlust der Regierungsmacht durch die polnische PiS im Jahr 2023, der Niederlage des rumänischen Kandidaten George Simion im Jahr 2025 sowie dem indirekten Rücktritt der von Geert Wilders gestützten niederländischen Regierung im selben Zeitraum stellt das Ende der Orbán-Ära einen weiteren Schritt in der allmählichen Umkehrung jener populistischen Welle dar, die seit der Migrationskrise von 2015 die politische Landschaft der Europäischen Union tiefgreifend verändert hatte.

Über mehr als ein Jahrzehnt hinweg fungierte Orbán als strategischer Bezugspunkt eines losen, oft widersprüchlichen Bündnisses souveränistischer Kräfte, dessen ideologischer Zusammenhalt auf der Verteidigung nationaler Souveränität und der rhetorischen Beschwörung eines christlich geprägten europäischen Selbstverständnisses beruhte.

Dieses Bündnis war keineswegs homogen; vereinte es doch sehr unterschiedliche Interessen und politische Traditionen, deren Gemeinsamkeit oft eher in der Ablehnung zentralistischer und linksliberaler, ja woker Tendenzen als in einer positiven gemeinsamen Vision lag. Gleichwohl verlieh Orbáns politische Präsenz dieser heterogenen Bewegung eine Form von Richtung und Kontinuität, so dass dieses Lager mit seinem Ausscheiden nicht nur seinen sichtbarsten Vertreter verliert, sondern auch jenen Akteur, der über Jahre hinweg als taktisch versiertester Vermittler zwischen nationaler Politik und europäischer Bühne fungierte.

Aus konservativer Perspektive wirkt Orbáns Abgang daher gleichermaßen ernüchternd und auf eigentümliche Weise befreiend

Einerseits verkörperte seine Regierung über viele Jahre hinweg eine entschiedene Verteidigung patriotischer Souveränität, nationalen Grenzschutzes, einer auf Familienförderung ausgerichteten Sozialpolitik sowie einer bewusst betonten christlichen Identität — Positionen, die im Kontrast zur zunehmend woken Ausrichtung der Brüsseler Eliten standen. Andererseits offenbarte die lange Dauer seiner Herrschaft auch jene strukturellen Schwächen, die häufig mit politischen Systemen einhergehen, deren Macht über längere Zeiträume hinweg weitgehend unangetastet bleibt.

Patronage-Netzwerke, wiederkehrende Korruptionsvorwürfe und eine zunehmende Routine in der Ausübung politischer Macht führten schrittweise zu einem Verlust an öffentlichem Vertrauen, selbst unter Wählern, die Orbáns grundlegende politische Zielsetzungen weiterhin teilten. Auch zu erwähnen ist natürlich der stetig steigende Druck europäischer Sanktionen und das fast unerträgliche mediale Sperrfeuer aus dem Westen, zu dem wenigstens indirekt auch noch die zivilisatorische Amerikanisierung durch soziale Medien und Popkultur zu rechnen ist, welche das von Fidesz immer wieder bemühte Gesellschaftsmodell für jüngere Menschen zunehmend anachronistisch, ja unverständlich erschienen ließ.

**+++Freie Medien brauchen die Unterstützung ihrer Leser, um durchhalten zu können+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH!+++**

Hinzu trat die wachsende Neigung zu außenpolitischen Balanceakten, die zwar kurzfristig Vorteile brachten, langfristig jedoch das Vertrauen traditioneller europäischer Unterstützer in Orbáns Ungarn untergruben.

Allen voran wäre hier die Suche nach strategischer Autonomie von Brüssel zu nennen, welche Orbán zu einer pragmatischen Öffnung gegenüber Russland führte, von der er sich nicht mehr zu befreien wusste, wenn er auch darüber hinaus Annäherungen an China, die Trump-Regierung, ja selbst die Türkei unternahm — eine Politik, die innerhalb Europas zunehmend als opportunistisch wahrgenommen wurde, umso mehr, als der „starke Mann“ von Budapest jedesmal zur Legitimation seiner außenpolitischen Drahtseilakte eine andere identitäre Facette Ungarns beschwor und dem Bekenntnis zum christlichen Abendland etwas widersprüchlich die panturkische Identität Ungarns, die eurasische Mission des Karpathenbeckens und die Suche nach einem privilegierten transatlantischen Bündnis hinzufügte.

Péter Magyar steht nun vor der Aufgabe, ein politisches System zu stabilisieren, dessen institutionelle und gesellschaftliche Grundlagen über Jahre hinweg stark personalisiert worden waren.

Die kommenden Jahre werden zeigen, ob ein post-Orbán-Ungarn seine kulturellen und zivilisatorischen Grundlagen innerhalb der Europäischen Union bewahren kann, oder ob es sich schrittweise in eine technokratische Gleichförmigkeit einfügt, die nationale Eigenheiten zugunsten administrativer Anpassung relativiert. Entscheidend wird sein, ob Magyar sich eher als pragmatischer Integrationspolitiker im Stil einer Giorgia Meloni oder als konsequenter Vollstrecker europäischer

Anpassungsprogramme im Sinne eines Donald Tusk erweist, der ebenfalls mit einem eher „konservativen“ Programm in die Auseinandersetzung mit PiS gezogen war.

Institutionell ist in den kommenden Jahren jedenfalls fraglos mit umfassenden Umstrukturierungen zu rechnen. Die Tisza-Partei hat angekündigt, allen voran eingefrorene ausstehende EU-Mittel in Höhe von rund 18 Milliarden Euro durch Maßnahmen zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Standards freizusetzen – ein im Prinzip begrüßenswertes Versprechen, wenn das Beispiel Polens auch leider zeigt, dass der Kampf gegen Cliquenbildung und die Berufung auf den „Rechtsstaat“ in der Praxis häufig nur zur Herausbildung eines neuen Elitensystems führt, dessen ideologische Ausrichtung kaum weniger einseitig ist als jene der zuvor abgelösten Regierung.

Mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament besitzt Magyar zudem die Möglichkeit, auch grundlegende institutionelle Veränderungen vorzunehmen, die weit über eine bloße Umbesetzung einzelner Behörden hinausreichen könnten. Ein umfangreicher Personalaustausch von Führungspersonal in Medien, Universitäten, Verwaltung und Wirtschaft erscheint daher ebenso wahrscheinlich wie eine Serie juristischer Verfahren gegen ehemalige Amtsträger, die unter Vorwürfen von Korruption oder Verfassungsverstößen geführt werden könnten.

Offen bleiben muss freilich, woher Magyar, der selbst ein Fidesz-Renegat ist und seine Partei in gerade mal einigen wenigen Jahren, ja eigentlich Monaten hochgezogen hat, überhaupt das nötige Personal rekrutieren wird: Fraglos wird er hierbei zum einen auf Überläufer des Orbán-Systems, zum anderen aber auf Karrieristen eher linksliberaler Gruppierungen angewiesen sein, was trotz des altbekannten ungarischen Pragmatismus alles andere als eine ideologisch stabile Regierung verspricht – nimmt man die allen gemeinsame Ablehnung Orbáns aus.

### **Auch wirtschaftlich eröffnet der Regierungswechsel Perspektiven moderater Stabilisierung**

Die Freigabe europäischer Fördermittel dürfte kurzfristig Wachstum ermöglichen, zumal gleichzeitig angekündigt wurde, zentrale Elemente der bisherigen Familienpolitik fortzuführen und steuerliche Entlastungen für einkommensschwächere Haushalte auszubauen. Prognosen, die bis 2030 ein Wachstum zwischen 2,5 und 3,5 Prozent erwarten, erscheinen allerdings nur unter günstigsten Umständen plausibel, bleibt die langfristige Stabilität angesichts geopolitischer Unsicherheiten – insbesondere im Kontext wachsender Spannungen im Nahen Osten und möglicher Energieumstellungen durch Abwendung von Russland – doch höchst fraglich.

Besonders sensibel wird sich die Entwicklung im Bereich der Demografie und Familienpolitik erweisen. Orbáns Programme zur Förderung kinderreicher Familien – darunter Steuerbefreiungen, Wohnungsbauprämien und gezielte Unterstützungsleistungen – haben international Aufmerksamkeit erregt und in bestimmten Regionen tatsächlich zu einer Stabilisierung der Geburtenrate beigetragen. Kurzfristig dürfte ein vollständiger Abbruch dieser Maßnahmen politisch kaum durchsetzbar sein; langfristig jedoch könnten fiskalische Zwänge und ideologische Verschiebungen zu einer schrittweisen Reduzierung führen, umso mehr, als bereits unter Orban die konkreten Ergebnisse der Natalitätspolitik im Vergleich zu den eingesetzten Mitteln eher bescheiden geblieben waren. Eine solche Entwicklung

würde nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen haben, sondern auch symbolisch das Bild eines Staates verändern, der sich bislang bewusst als wichtigster europäischer Verteidiger des klassischen Familienmodells verstanden hatte.

**Auch in der Migrationspolitik erscheint eine graduelle Veränderung wahrscheinlich**

Die von Orbán errichteten Grenzzäune und seine konsequente Ablehnung europäischer Quotenregelungen bildeten über Jahre hinweg ein zentrales Element seiner politischen Identität, und auch unter der neuen Regierung dürfte eine Phase rhetorischer Kontinuität zunächst bestehen bleiben, vertraut man Magyars Ansagen. Doch ist langfristig fraglos mit einer vorsichtigen Anpassung an europäische Standards zu rechnen, die nur daher für das Land zunächst weitgehend folgenlos bleiben wird, als die sozialen Bedingungen zunächst nicht attraktiv genug für eine langfristige Ansiedlung großer Migrantengruppen sein dürften. Der Impakt einer aus „humanitären Gründen“ erneut durchlässigen ungarischen Südgrenze gerade auf Österreich und Deutschland dürfte hingegen nicht zu vernachlässigen sein.

Am deutlichsten dürfte sich der Systemwechsel aber in der Außenpolitik zeigen. Magyar hat bereits angekündigt, das Verhältnis zur Europäischen Union (EU) zu normalisieren und die bisherige Vetopolitik schrittweise zu beenden. Zwar hat auch Tisza eine Beteiligung an der weiteren Unterstützung der militärischen Anstrengungen der Ukraine ebenso wie eine baldige EU-Mitgliedschaft des Landes abgelehnt, doch deutet vieles darauf hin, dass Ungarn künftig stärker als noch unter Orbán bereit sein wird, sich Brüsseler Mehrheitsentscheidungen anzuschließen, vor allem bei entsprechenden Gegenleistungen.

**Für die europäische Rechte bedeutet der Verlust Budapests als politischem Bezugspunkt einen spürbaren Einschnitt**

Über Jahre hinweg bildete Ungarn ein Netzwerkzentrum für konservative Medien, Bildungseinrichtungen und politische Initiativen, deren Finanzierung und Koordination Orbán und seiner Kulturpolitik direkt oder indirekt viel zu verdanken hatten. Mit dem Regierungswechsel dürften viele dieser Strukturen ihre bisherige Grundlage verlieren oder doch zumindest zu einer massiven inhaltlichen Richtungsänderung gezwungen werden. Zugleich eröffnet diese Situation eine Möglichkeit zur Neubestimmung: Die starke Abhängigkeit der europäischen Konservativen von einem einzelnen, kulturell eher untypischen und außenpolitisch wenig gefestigten Nationalstaat hat vielleicht zu lange die Perspektiven und Prioritäten der Rechten ebenso geprägt wie verzerrt und wahrscheinlich auch von der Entwicklung einer umfassenderen zivilisatorischen Perspektive abgehalten, wie sie dringender denn je notwendig ist.

Aus einer christlich-konservativen, dabei aber zugleich abendlandpatriotischen (nicht aber unbedingt Brüssel-orientierten) Sichtweise ergibt sich daraus ein ambivalentes Bild der zukünftigen Perspektiven.

Einerseits kann eine konstruktivere Haltung Ungarns gegenüber europäischer Integration zu größerer kontinentaler Stabilität beitragen; andererseits besteht die Gefahr, dass nationale Interessen in einem zunehmend von Wokismus und Tech-Dystopie geprägten Konsens untergehen. Mit Orbán verschwindet

der sichtbarste interne Kritiker der europäischen Institutionen, und es ist wahrscheinlich, dass Brüssel die entstandene Lücke nutzen wird, um föderalistische Strukturen massiver denn je auszubauen, solange sich keine echte Gegenwehr zeigt — etwa in Bereichen wie den Finanzen, der Überwachungspolitik, der Zensur angeblicher Fake News, der Abtreibung und Euthanasie, des Green Deals, der „intersektionalen“ Minderheiten etc.

In dieser Hinsicht zeichnet sich schon seit 2023 ein paradoxer Wandel innerhalb Europas ab

Während Teile Mitteleuropas sich unter dem Einfluss wirtschaftlichen Wohlstands, medialer Transformation und Generationenwechsels schrittweise einer linksliberalen „Normalisierung“ annähern könnten, ist gleichzeitig in mehreren Regionen Westeuropas eine gegenläufige Bewegung zu beobachten.

Migration, Parallelgesellschaften, Rechristianisierung und wirtschaftliche Polarisierung haben dort bereits erste konservativ-identitäre Gegenreaktionen ausgelöst, die sich künftig verstärken könnten. Europa steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Es muss Wege finden, nationalstaatliche Subsidiarität mit den Notwendigkeiten christlich-abendländischen, gleichsam zivilisatorischen Selbstschutzes zu versöhnen und dabei sowohl die Exzesse des woken Universalismus wie auch die Kleingeistigkeit nationalistischer Nabelschau zu vermeiden. Die Zeit wird zeigen, ob dies ohne Orbán schwieriger oder einfacher wird.

---

## van Akens ungarischer Albtraum: Rechts stürzt Rechts

Der Linke-Frontmann Jan van Aken ist ein bisschen traurig.

Also natürlich freut er sich, dass Viktor Orbán abgewählt wurde, aber er hat bemerkt, dass der neue Ministerpräsident Péter Magyar auch konservativ ist.

Das findet Jan irgendwie ganz doll doof. Das sei ja so, als wäre in Ungarn Alice Weidel durch Friedrich Merz ersetzt worden. Und darüber könne er sich dann doch gar nicht richtig freuen.

Und es macht dem Jan „auch Sorgen“, dass es im ungarischen Parlament nun überhaupt keine „fortschrittliche linke Opposition“ mehr gebe. Keine Sozialisten, keine Liberalen und keine Grünen.

Ganz ehrlich, Jan: Ich finde das ganz gut...

---

# Anderswo ist auch nicht alles Gold, was glänzt: Warum so viele Auswanderer nach fünf Jahren wieder hier sind

Spielen Sie auch mit dem Gedanken, Deutschland zu verlassen? Vielleicht sogar für immer? In unseren eher konservativen und wirtschaftsliberalen Milieus ist das seit einigen Jahren ein Dauerthema.

Einzelne Bekannte von mir haben den Schritt sogar inzwischen vollzogen, und wenn sie alle Möbel auf dem Umzugswagen verstaut und alle Koffer gepackt haben, dann verabschieden sie sich oft wortreich und voller Enthusiasmus und Vorfreude auf ihr vermeintlich sorgenfreies und glückliches neues Leben.

Tja, Reisende soll man nicht aufhalten, heißt es ja immer gern. Und, ganz ehrlich, ich habe mir solche Gedanken auch schon gemacht, wenn wieder neue Horrorzahlen über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland veröffentlicht werden. Und wenn ich sehe und höre, wie viele Irre in diesem Land unterwegs sind, ein Messer immer griffbereit unter der Jacke. Und dann die Verwahrlosung und Vermüllung in den Großstädten und was es für asoziale Menschen gibt.

Ja, es gibt schon Gründe auszuwandern

Die meisten Deutschen, die den Schritt wagen – kein Witz – ziehen übrigens nicht ins *Silicon Valley* nach Kalifornien oder auch, wie so gern erzählt wird, nach Ungarn. Sie ziehen in die Schweiz und nach Österreich.

Über 323.600 Deutsche lebten Anfang 2024 in der Schweiz: Alpenpanorama und Käsefondue, ähnlicher Sprachklang, hohe Löhne (aber auch Kosten) und natürlich die Nähe zu Deutschland. So ähnlich ist alles in Österreich, wo 232.700 Deutsche mit Stand 2024 eine neue Heimat gefunden haben.

Das wichtigste Fernziel außerhalb Europas sind natürlich die USA. In Europa sind noch Spanien und Frankreich besonders beliebt zum Auswandern.

Aber dass es jetzt alle aus politischen Gründen nach Ungarn ziehen würde, ist ein Märchen. Und nach Russland wandert überhaupt niemand aus, besonders nicht die Putin-Fans, die es ja in manchen Teilen Deutschlands reichlich gibt, von denen aber – ich bedauere das außerordentlich – niemand wirklich seine Sachen packt und abhaut, sondern hier lieber schimpfend, aber gut und gerne lebt.

Es lohnt sich bei solchem Gerede vom Auswandern – so wie übrigens bei allen Themen – immer mal ein bisschen genauer hinzuschauen.

Wir hören ja jeden Tag, wie viele gut ausgebildete Leistungsträger Deutschland den Rücken kehren. Und wir beklagen, wie viele ungebildete und auch unwillige Menschen aus *Shithole-Countrys* hier einreisen.

Das hat alles einen wahren Kern.

Aber zur Wahrheit gehört auch...

Und das sind offizielle Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Im Jahr 2024 verließen 270.000 Deutsche unser Land. Aber im gleichen Jahr kehrten auch 190.000 Deutsche, die einige Jahre vorher „ausgewandert“ waren, wieder zurück. Deutschland verlor also nicht 270.000 gut ausgebildete Fachkräfte, sondern maximal netto 80.000. Das ist auch viel, aber es relativiert unseren Blick auf das Phänomen Auswanderung doch erheblich.

Für viele Auswanderer aus Deutschland ist dieser Schritt nicht final, sondern eine temporäre Lebensphase. Ein sehr hoher Anteil der deutschen Auswanderer ist nämlich nach maximal fünf Jahren wieder zurück in Deutschland.

**+++Nicht Sensationchen verbreiten, sondern genau hinschauen+++Unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit mit einer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien Gmbh+++**

Ihre praktischen Erfahrungen in der Fremde – auch wenn es nur innerhalb Europas oder gar dem deutschen Sprachraum war – zeigen nämlich, dass anderswo auch nicht alles Gold ist, was glänzt.

Über die Gründe für die Rückkehr gibt es zahlreiche wissenschaftliche Studien, die auf den Erfahrungen von Rückkehrern basieren. Das können zwischenmenschliche Gründe sein, etwa der Wunsch, wieder näher bei Eltern oder Großeltern in der Heimat zu leben oder kranke Angehörige zu pflegen. Das kann der Abschluss eines Studiums oder eines zeitlich begrenzten beruflichen Projektes sein. Und – das wird sehr häufig genannt – wenn man Kinder bekommen und eine Familie gründen will oder wenn der Lebensabend naht, dann ziehen viele Deutsche gern wieder in die Heimat zurück und erfreuen sich daran, in einem Land mit einem weltweit geschätzten Sozial- und Gesundheitssystem leben zu dürfen.

Kein Mensch käme auf den Gedanken, nicht zurück nach Deutschland zu kommen, weil hier die AfD so stark ist oder weil Friedrich Merz Bundeskanzler ist. Das sind alles absurde Horrorgeschichten.

Als ich damals darüber nachdachte, ob ich nicht auch anderswo meine letzten Lebensjahre verbringen könnte als hier, waren meine drei Sehnsuchtsländer die USA, Portugal und Kroatien.

Fantastische Menschen, tolles Wetter und ein Lebensgefühl, das so ganz anders ist als das in Deutschland. Entspannter die Leute, mehr Lebensqualität, mehr Freiheit, fantastisches Essen. Ja, ich könnte überall dort leben und sicher auch noch in einigen anderen Ländern wie Italien, Griechenland oder irgendwo in Skandinavien. Aber ich bin nun mal Deutscher, und ja, irgendwie liebe ich mein Land mit all seinen Brüchen und Behäbigkeiten und seinen Traditionen und Hundehaltern und Gartenzwergen und samstags Auto waschen.

Es ist einfach meine Heimat. Und weit weg von meinen Kindern und meinen Enkeln leben – das schließe

ich für mich definitiv aus.

---

## **Warum hält eigentlich unser Bundespräsident nicht einmal so eine Rede wie die am Freitag von Martenstein?**

Zu den schönsten und auch lustigsten Erlebnissen der Nachwendezeit gehört für irgendein Wahlabend im Jahr 1990. Es waren die ersten freien Wahlen in den neu geschaffenen Bundesländern in Ostdeutschland, und die SED stand als „PDS“ auf den Stimmzetteln. Die ARD schaltete nach der ersten Trendmeldung zu den Wahlpartys der Parteien – Sie kennen das. Und als man zur PDS schaltete und der Moment um 18 Uhr eingeblendet wurde, da jubelten die Genossen, als stünden sie auf der Dortmunder Südtribüne: Jaaaaaaaaa! Ich hoffe, manchen der PDS-Hanseln damals ist in dem Moment aufgefallen, dass sie gerade einen der Hauptgründe bejubelten, warum ihr sozialistisches System zusammengebrochen ist und die freiheitliche Demokratie haushoch überlegen ist.

Die freuten sich unbändig und laut, weil man in einer Demokratie auch als Demokratiefeind gewählt werden kann. Einfach so, vom Volk, ohne Manipulation, ohne dass vorher ein Modrow morgens das Ergebnis für den Abend schon auf einem Zettel zum Vollzug notiert.

It's democracy, stupid!

Das müsste man allen zurufen, die immer noch als Betonköpfe in ihren gewohnten Parteidenkschablonen ausharren – und zwar in allen Parteien. Dabei ist es erstmal vollkommen egal, ob sie CDU oder SPD, AfD oder Grüne oder was auch immer wählen. Entscheidend ist, dass sie überhaupt wählen dürfen. Dass sie wenigstens in der großen Linie die Richtung mitentscheiden können – oder am besten im Detail auch bei Volksentscheiden. Alles ist besser als Autokratien und Diktatoren. Wirklich alles. Und immer.

Der großartige Publizist Harald Martenstein hat das gerade in einem herausragenden Beitrag unter Beweis gestellt. Martenstein ist seit Langem einer der Besten unserer Zunft. Aber mit seiner Rede am Freitag im Hamburger Thalia Theater hat er einen Meilenstein der Demokratiebegründung gesetzt. Man fragt sich unwillkürlich, warum die meisten unserer Bundespräsidenten eigentlich intellektuell zu limitiert sind, um solche bestechenden und überzeugenden Grundsatzreden ans Staatsvolk zu halten.

Er warnte vor dem Hintergrund eines real drohenden Verbotsverfahrens gegen die rechte AfD, dass man *mit der Begründung, man verteidige die Demokratie, dieselbe auch abschaffen könne*. Natürlich kann man das – brillant argumentiert. Martenstein sezierte, dass klar zu entscheiden sei zwischen „rechts“ und „rechtsradikal“, erinnert an harte konservative Knochen wie Adenauer, de Gaulle und Churchill, die gegen Hitler gekämpft haben. Und wörtlich weiter:

*„Das meist abwertend gebrauchte Wort Populismus suggeriert, dass es ein Fehler wäre, beim Regieren auf die Zustimmung der Bevölkerung Wert zu legen – genau diese Idee: Alle Macht muss durch den Willen der Mehrheit gerechtfertigt sein. Das ist nun einmal die Grundlage unserer Verfassung. Mit einem Verbot mehrheitsfähiger Parteien entzieht man diesem Staat seine Legitimation und verwandelt ihn in ein autoritäres Regime. Dafür muss man dann aber schon sehr gute Gründe haben. Man muss es mit einem Gegner zu tun haben, der selbst die Demokratie abschaffen will. Man muss sich in einer Notwehrsituation befinden.“*

Sie müssen die Rede nachlesen oder auf [YouTube](#) anschauen... ein intellektueller Hochgenuss – versprochen! Und erst das Entsetzen im Publikum...ganz wunderbar.

Besonders gefällt mir auch diese Passage:

*„Wenn Sie wollen, dass die AfD verboten wird, müssen Sie nachweisen, dass diese Partei das Land in ein anderes System überführen möchte. Zum Beispiel, indem sie alle Parteien ausschaltet, die nicht das Weltbild der AfD teilen. Also – ich wiederhole mich – indem sie ungefähr das tut, was einige von Ihnen gern möchten. Aber von einer Verbotsforderung der AfD gegen die politische Konkurrenz ist bisher nichts bekannt. Es genügt für ein Verbot keineswegs, dass einzelne Parteimitglieder rechtsextremen Bullshit von sich geben.“*

*...indem sie ungefähr das tut, was einige von Ihnen gern möchten*

Ich glaube nicht, dass viele der Zuschauer im Thalia Theater begriffen haben, wie hart und treffend Martenstein ihnen in diesem Moment den Spiegel vorgehalten hat.

Aber erlauben Sie mir aus aktuellem Anlass noch einen anderen Gedanken zum Thema Demokratie und Betonköpfe!

Wirklich viel Resonanz erhielt ich gestern auf einen [Artikel](#) bei *TheGermanZ* über den politischen Herausforderer des amtierenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Ungarn. Eine wahre Flut von Mails und Beiträgen in den sozialen Netzwerken, oftmals in persönlich beschimpfender Art und Weise – aber das ist ja hierzulande üblich geworden. Leider oftmals auch von Seiten der Hyperpatrioten, jedenfalls in der persönlichen Selbstwahrnehmung.

Viktor Orbán sei quasi der Superpolitiker auf europäischer Bühne; der Mann, der Brüssel die Stirn bietet, selbst wenn die Kommission seinem Land den Geldhahn zudreht. Und der, der immer noch Geschäfte mit Russland macht und das ukrainische Nachbarland in unflätiger Weise beschimpft. Darf man natürlich alles – und dabei wird dann auch wenig über Korruption und Inflation gesprochen, weil Orbán ja ein Held für Deutschlands Rechte ist.

Als Orbán am 3. April 2022 mit absoluter Mehrheit erneut zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war ich in Budapest auf einer großen und zunehmend feuchtfröhlichen Siegesparty mit dabei. Wir hatten viel Spaß an diesem Abend. Viele politische Freunde, auch aus anderen Ländern, feierten Orbáns Sieg

enthusiastisch mit, so wie ich auch. Sein Verhalten gegenüber der Ukraine hat mich dann Stück für Stück von ihm entfremdet, aber Orbán ist ein beeindruckender Konservativer, der sein Land in Bereichen wie öffentlicher Sicherheit und Familienpolitik mehr als stabil gehalten hat – und dem dafür jeder Dank gebührt.

Doch nun gibt es einen Gegenkandidaten: Péter Magyar, der es schaffen könnte, den Amtsinhaber im kommenden April zu besiegen. Denn der 44-jährige Jurist gehörte früher selbst zum inneren Kreis von Orbáns Fidesz-Partei und ist ein bürgerlicher Konservativer, also kein Linker. Wäre er Sozialist, hätte er in Ungarn keine Chancen beim Wahlvolk.

Die aktuellen Umfragen in Ungarn sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Orbán und Magyar mit Vorteilen für den Herausforderer. Magyars TISZA-Partei lag bei Umfragen vom Februar 2026 bei den schon entschlossenen Wählern mit 48 zu 40 Prozent vor Fidesz. Allein wenn Sie nur den Fakt beschreiben und berichten, dass es dieses Mal eng werden könnte, werden Sie persönlich beschimpft. Das ist wirklich faszinierend zu lesen, was manche Zeitgenossen dann absondern.

Aber es gibt natürlich auch viele kluge Menschen, die mir sachlich und begründet widersprechen, weil sie meinen, Orbán müsse auf jeden Fall gewinnen und weiterregieren. Und wenn er wiedergewählt wird, habe ich kein Problem damit. Die Ungarn sollen wählen, wen sie wollen. Alles gut.

Zu den klugen Frauen mit diametral anderer Meinung gehörte heute Morgen auf Facebook auch eine bekannte AfD-Politikerin, die mir sachlich und freundlich erklärt, dass Orbán aus diesen und jenen Gründen unbedingt wiedergewählt werden müsse. Ich antwortete ihr ebenso sachlich und freundlich, dass da in Ungarn eine neue Partei plötzlich entstanden ist, die jetzt auf Augenhöhe mit dem Mann von der „Altpartei“ ist. Ob ihr das bekannt vorkomme und ob sie nicht der Meinung sei, dass man das ernst nehmen müsse, wenn trotz des Superhelden von Fidesz da plötzlich jemand ist, der aus dem Nichts so viel Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Ich bin gespannt, ob sie antwortet...

---

## **Lasst die doch feiern - Sie müssen ja nicht hingehen zum CSD!**

Wenn Sie sich heute Morgen einen Überblick über die aktuelle Nachrichtenlage verschafft haben, könnten Sie zu der Einschätzung kommen, es gäbe keine existenziellen Probleme mehr, keine Kriege, keine Messergewalt, kein Wohnungsmangel. Unser größtes Problem ist der Christopher Street Day (CSD) in Budapest, der nicht stattfinden sollte aber stattgefunden hat, und dann noch der in München, der alljährlich stattfindet – ungehindert von Behörden – und der natürlich total bunt und queer und blabla

war...

Ich habe mir schon vor der Jahrtausendwende, also vor 25 Jahren, erst in Berlin und später in Köln diese karnevalistisch anmutenden Umzüge angeschaut, bei denen viel nackte Haut und Öbszönitäten aller Art zu sehen sind. Es wird sie nicht wundern: Meine Sache war und ist das nicht.

Erstens bin ich nicht homosexuell, queer oder trans, wie sie vermutlich ahnen. Zweitens stößt mich die provokativ öffentlich zur Schau gestellte Sexualität und der ihr zugrunde liegende Hedonismus ab. Es gibt tatsächlich wertvollere Lebensinhalte als ein zügelloses Dasein.

Aber, und nun komme ich zum Aspekt der Freiheit, wenn Sie CSD-Aufmärsche nicht mögen, dann gehen Sie doch einfach nicht hin!

Ich meine, wenn in Köln 500.000, in Berlin 300.000 und in München 250.000 Menschen ihren Lebensstil friedlich feiern wollen - muss der Staat dann etwas dagegen unternehmen?

In Budapest tanzten gestern 180.000 Menschen bei der sogenannten „Pride“-Parade durch die Straßen. Trotz Verbots und gegen den erklärten Willen des konservativen Präsidenten Viktor Orban. Die Budapester Polizei hatte die Veranstaltung verboten - Teilnehmer sollten 500 Euro Strafe aufgebremmt bekommen, sogar mit einjährigen Haftstrafen wurde gedroht.

*„Was verboten ist macht uns erst richtig scharf“*, sagte der einstige DDR-Liedermacher Wolf Biermann 1976 bei seinem legendären Konzert in Köln, und ich glaube, dass Orban mit seinem harschen Vorgehen gegen einen vielleicht unappetitlichen aber letztlich harmlosen Umzug das genaue Gegenteil von dem erreicht hat, was er wollte.

Und bitte - nur zur Klarstellung - ich unterstütze seine Politik, an Schulen in Ungarn keine Homo-Lobbyisten zuzulassen wie in Deutschland, wo in einigen Bundesländern die Lehrer die Klasse verlassen müssen, wenn die Queer-Drückerkolonnen den Schülern vorstellen, was es sexuell so alles gibt.

Unsere Kinder und damit die Schüler müssen geschützt werden vor den Einflüssen dieser Leute - Orban macht das richtig!

Aber mit lauter Musik durch die Straßen tanzen und saufen - das ist beim Kölner Karneval jedes Jahr normal, das gehört bei den martialischen Aufmärschen von Fußball-Ultras unbedingt dazu, und selbst wenn in Bayern im Bierzelt Kirchweih gefeiert wird, geht es zu später Stunde nicht unbedingt moralischer zu als beim Christopher Street Day. Nur, dass man vielleicht ein bisschen mehr Kleidung am Leib trägt.

Als am 19. Juni 1988 der amerikanische Pop-Superstar Michael Jackson vor dem Reichstag in West-Berlin auftrat, wollten Tausende Ost-Berliner Jugendliche auf der Straße Unter den Linden mitfeiern, die herüberwehende Musik hören, Wein trinken und feiern. Hätten die sozialistischen Machthaber sie einfach gelassen, wären die jungen Musikfans anschließend zufrieden nach Hause gegangen. Aber die

SED setze Knüppelgarden von Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) in Marsch, die die absolut friedlich feiernden Jugendlichen mit Gewalt auseinandertrieben.

Die Schlägertrupps des SED-Staates in Gestalt von Stasi und Volkspolizei griffen dann auch die Korrespondenten von West-Medien an. Der Fotograf Dietmar Riemann schrieb über diesen Tag: „Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen. Polizei und Stasi griffen ARD- und ZDF-Kamerateams an. Offenbar wollte man jegliche westliche Berichterstattung unterbinden. Die Staatssicherheitsleute zerschlugen eine Fernsehkamera und hieben auf die westlichen Journalisten mit Elektrostöcken ein. Nur noch fluchtartig konnten die westlichen Berichtersteller unter dem Schutz von DDR-Jugendlichen ihre in der Nähe gelegenen Büroräume erreichen.“

Warum das alles, warum den Druck auf dem Kessel so hochtreiben?

Ursprünglich hatte der Ost-Berliner Magistrat überlegt, das Jackson-Konzert ganz offiziell in einem Stadion im Prenzlauer Berg zu übertragen. Das wäre eine freundliche Geste der Freizügigkeit gewesen, so aber wurde die Unzufriedenheit mit dem Regime immer wieder hochgetrieben. Freiheit können sie halt nicht, die Kommunisten.

**P.S. Schon was gespendet heute? Für Meinungsfreiheit, Unabhängigkeit und engagierten Journalismus? Helfen Sie uns mit Ihrem Beitrag auf DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @KelleKlaus!**

---

## Was macht Viktor Orban da?

Vorweg: Ich bin ein Fan des ungarischen Präsidenten Viktor Orban und der Ungarn an sich. Ich mag die Art, wie er die Interessen seines Landes vor den Interessen der Europäischen Union vertritt. Make Hungary great again sozusagen.

Ich mag, wie er sein Land - gemeinsam mit Polen - als Bollwerk gegen Uschis linkswoke Bürokraten-EU positioniert.

Und als Orban und seine Fidesz am 3. April 2022 erneut einen fulminanten Wahlsieg errangen, stand ich in Budapest in einer jubelnden Menge von Fidesz-Anhängern, um den widerborstigen Präsidenten zu feiern. Mit viel zu viel Bier, wie ich gern zugebe. Aber es ist auch mal schön, wenn Konservative einen Sieg feiern können. In Deutschland ist es lange her, seit ich das erlebt habe.

Also, Orban ist mein Mann

Ich habe nicht vergessen, dass es die Ungarn waren, die mit einem „Paneuropäische Picknick“ im August 1989 für eine kurze Zeit den Grenzzaun zu Österreich lüfteten und den Weg zur deutschen

Wiedervereinigung ebneten.

Und als ein Berliner Zeitungshaus im vergangenen Jahr Viktor Orban zur Diskussion bat, war ich dabei und habe es genossen.

Ich verstehe auch, dass sich Ungarn – trotz einer leidvollen Geschichte mit Russland – mit Putins Unrechtsstaat irgendwie arrangieren muss, bezieht es doch 100 Prozent seines Energiebedarfs von dort.

**Aber was jetzt gerade läuft, ist inakzeptabel**

Wie in einer Familie muss man auch in einem Bündnis oder Staatenbund am Ende des Tages zusammenstehen.

Doch die aktuellen ungarischen Sonderregeln für „Gastarbeiter“ aus Russland und Belarus sind völlig inakzeptabel aus Sicht der anderen EU-Mitgliedsstaaten.

Die konservative Europäische Volkspartei (EVP), der auch die deutschen Parteien CDU und CSU angehören, fordern in einem Brief an EU-Ratspräsident Charles Michel, Maßnahmen gegen „Schlupflöcher für Spionageaktivitäten“ und eine große Anzahl von Russen zu ermöglichen, die über Ungarn in den grenzkontrollfreien Schengen-Raum einsickern.

Ungarns Verhalten ist nicht partnerschaftlich und ein Affront gegen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

---

## **It's Realpolitik, Stupid!**

Nur Träumer haben ernsthaft daran geglaubt, dass die Türkei und Ungarn den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens verhindern würden. Zu verflochten ist Europa in vielerlei Hinsicht, aber auch zu sehr aufeinander angewiesen, als dass man einen starken Partner, den man gut gebrauchen könnte, schroff vor den Kopf stoßen würde.

Der türkische Präsident Erdogan und sein ungarischer Amtskollege Orban haben aus verschiedenen Motiven Anlass, eine Sonderrolle auszufüllen. Erdogan ist ein Zocker, der erst einmal nichts als die eigenen Interessen im Sinn hat. Kann man ihm nicht vorwerfen, so sollten Staatschefs im Grunde immer handeln.

Orban muss mit dem „großen Bruder“ in Moskau klarkommen, denn das Land ist zu 100 Prozent anhängig von Energielieferungen aus Russland. Wenn da Missstimmung aufkommt, wird es kalt in den Wohnungen von Budapest. Aber Ungarn ist und bleibt ein verlässlicher Partner Europas und der NATO,

und natürlich werden sie auch dem NATO-Beitritt Schwedens zustimmen.

Romantische Vorstellungen wie Orban sei im Grunde ein Verbündeter Russlands, sind grotesk. Orban fährt einen eigenen Kurs, aber wenn es um Sanktionen gegen Russland oder Bündnisverpflichtungen gegenüber den NATO-Partnern geht, dann ist Ungarn zu 100 Prozent verlässlich.

Das Gleiche gilt übrigens auch beim Le Pen-Thema, das gestern hochploppte. Die französische Rechte ist durch und durch Realpolitikerin. In Meinungsumfragen zur nächsten Präsidentschaftswahl in Frankreich liegt sie auch deshalb im Moment zehn Prozent vor Amtsinhaber Macron. Und warum? Weil sie sich in der Realität bewegt und nicht in Schwurbelegen ergeht.

Die sogenannte „Geheimkonferenz“ von Potsdam zur „Remigration“ ist für sie Grund, die gemeinsame Fraktion mit der AfD in Frage zu stellen. Franzosen mit Pass aber Migrationshintergrund nach Afrika schicken – das hält Le Pen für absurd. So wie Meloni in Italien oder die Schwedendemokraten in Stockholm einen EU-Austritt für absurd halten.

Die AfD sollte sich vielleicht mehr mit der Wirklichkeit beschäftigen und zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland Europa und der Westen ist.

---

## **Haben Sie schonmal ernsthaft übers Auswandern nachgedacht?**

Viele von Ihnen werden noch im wohlverdienten Sommerurlaub sein und irgendwo am Strand liegen oder beim Schnorcheln unter Wasser bunte Fische betrachten. Und auch die, die der Arbeitsalltag in Deutschland inzwischen wieder eingeholt hat (Gruß nach Nordrhein-Westfalen!), denken bestimmt noch wehmütig an unbeschwerte Wochen unter der Sonne irgendwo auf der Welt zurück.

Eine liebe Freundin schwärmte mir gestern am Telefon von ihren drei Wochen Familienurlaub in Thailand vor. Die Strände, das Essen, die Drinks, alles prima, aber am meisten beeindruckte sie die Freundlichkeit der Menschen. Nicht unbedingt nur die des Servicepersonals im Restaurant oder der Hotelangestellten, die natürlich auch fürs Freundlichsein bezahlt werden. Nein, einfach alle. Jeder ist freundlich, höflich, hilfsbereit.

Und das ist eine Erfahrung, die auch ich immer wieder mache, und dabei muss ich nicht nach Übersee, wiewohl mir schon vor 25 Jahren bei meinen häufigen Reisen in die USA aufgefallen ist, wie sensationell freundlich und hilfsbereit die Leute da auch gegenüber Ausländern sind.

In den vergangenen Monaten war ich in Ungarn, Kroatien und Portugal – was für phantastische Länder.

Hier könnte ich sofort leben, von heute auf morgen. Klar, ein Urlaub ist etwas anderes als eine dauerhafte Residenz, als der Alltag. Das weiß ich natürlich, aber wenn ich im „No Patio“ in Lagos frischen Fisch esse oder im „O’Rustico“ mit Freunden und Familie an wunderbar knusprigen Spareribs knabbere, dann frage ich mich oft, warum bleibe ich einfach nicht hier – weit weg von Scholz und Habeck, von Klima-Spinnern und GenderGaga?

Die ein, zwei Leute, die mir jetzt wieder empört schreiben, warum ist ins Ausland fahre und gern einen Wein unter der Sonne trinke – als Rechtspopulist müsse ich stilles Wasser trinken, Stahlhelm auf und unter der Brücke schlafen – schenken Sie sich das! Eine Woche habe auch ich verdient, und morgens gab es schwarzen Kaffee, Toastbrot und Erdbeermarmelade – das Glas für 1,99 Euro. Das sollte gehen, auch wenn man auf Spenden angewiesen ist. (PayPal @KelleKlaus – Konto: DE18 1005 0000 6015 8528 18)

Aber mal ehrlich: Ist Auswandern für Sie eine echte Option? Haben Sie es vielleicht sogar gewagt?

Ich meine, Deutschland ist ein wunderschönes Land. Die Landschaft ist phantastisch, das Bier, eine Kultur, um die uns viele beneiden. Eine erstaunlicherweise immer noch brummende Wirtschaft. Fußball, ok, das war einmal... Aber die Politik, der Hass gegenüber Andersdenkenden, die Einschränkung der Meinungsfreiheit – ich bin sicher, viele von Ihnen finden das ebenso bedrückend wie ich. Wie lange machen wir das noch mit im deutschen Hamsterrad?

*Dieser Beitrag erschien vorgestern zuerst auf dem Nachrichtenportal TheGermanZ.*

---

## **Ist die Türkei noch unser Verbündeter?**

Wer Verbündete wie die Türkei hat, braucht keine Feinde mehr. Nachdem seit Tagen der NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands durch Ankara blockiert wird, hat unser „Verbündeter“ am Bosphorus eine neue bisher unvorstellbare Provokation gewagt. Zwei türkische Kampffjets drangen heute widerrechtlich in den griechischen Luftraum ein und näherten sich bis auf 2,5 Kilometer der nordöstlichen Hafenstadt Alexandroupolis. Dort unterhalten die amerikanischen Streitkräfte eine Basis, über die Kriegsgerät per Landweg binnen weniger Stunden an die Grenze der Ukraine transportiert werden kann. Ankara ist die US-griechische Kooperation ein Dorn im Auge – die USA umgehen damit den Seeweg über die Meerenge der Dardanellen und über den Bosphorus.

Das Außenministerium in Athen sprach von einer «beispiellosen Verletzung der nationalen Souveränität». Es handele sich um eine «ganz klare Eskalation türkischer Provokationen».

Nun ist nicht neu, dass sich Türken und Griechen aus verschiedenen Gründen nicht allzu herzlich zugeneigt sind. Aber das aktuelle Verhalten Erdogans zeigt erneut, dass auf unseren NATO-Partner am Bosphorus kein Verlass mehr ist. Aber warum?

Die Türkei ist Außengrenze der NATO zu Syrien und greift regelmäßig kurdische Stützpunkte dort an. Der Nahe Osten ist seine Jahren ein Pulverfass, und vor nicht allzulanger Zeit sind Kampfflugzeuge Russlands und der Türkei schon dort aneinander geraten.

Der Westen hat bisher in der Ukraine-Krise fest und geschlossen gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine gestanden. Nun scheinen einzelne Partner einer eigenen Agenda zu folgen. Bei Ungarn ist das nachvollziehbar, bezieht das Land doch mehr als 90 Prozent seines Erdgases von Russland. Aber die Türkei? Ist das nur zocken um Vorteile, ist das „Basar-Mentalität“? Oder wechselt die Türkei gerade die Seiten? Und wenn ja, wie reagiert die NATO angemessen darauf?

---

## **Fast wie ein Urlaub: Sonne, Wahlsieg und Pizza „Quattro Formaggi“ in Budapest**

Guten Morgen aus Budapest, liebe Freunde der gepflegten bürgerlich-konservativen Lebensart!

Blauer Himmel über der Stadt, die Sonne scheint, und ich grüße Sie nach dem erneuten gewaltigen Wahlsieg von Viktor Orban und seiner Fidesz-Partei in aufgeräumter Stimmung. Denn der Erfolg ist gut – für Ungarn, für Europa und für Konservative in aller Welt. Denn jeder sieht hier, dass konservative Regierungen gute Politik machen können und dass ihre Modelle genauso funktionieren können wie auch andere. Nur, das einzige Modell, das noch nie irgendwo funktioniert hat, ist der Sozialismus. Aber das ist ein anderes Thema.

Jedenfalls möchte ich Ihnen heute erzählen, dass es wunderbar war gestern Abend bei einer Wahlparty im *Mathias Corvinus Collegium (MCC)*, dem wichtigsten ThinkTank Ungarns. Hier gab es gestern viele Informationen, die man als Betrachter aus der Ferne gar nicht bekommen würde über das Land und die Leute. Hier habe ich endlich mit Prof. Patzelt mal einen Wein trinken und meinen jahrelangen Leipziger Facebook-Freund Weißgerber live und in Farbe kennenlernen dürfen. Und viele konservative Journalisten-Kollegen aus aller Welt.

Der französische Kollege, der mir vorgestellt wurde und mich mit der entwaffnend ehrlichen Bemerkung für mich einnahm, er habe gar nicht gewusst, dass es überhaupt noch konservative Journalisten in Deutschland gäbe. Ich konnte ihn beruhigen und melden, dass zwischen den Zehntausenden „Rothühnern“ (so nennen wir die geschätzten Kollegen der anderen Seite des Spektrums) in Deutschland auch noch eine Art gallisches Dorf gibt, ein paar Dutzend verstreut über die ganze Republik, die

durchhalten und ihren Überzeugungen treu bleiben.

Er erzählte mir, den ich nie zuvor gesehen und dessen Namen ich vorher noch nie gehört hatte, nach zwei Minuten von seiner Familie, und wie stolz er und seine Frau waren, als die Kinder eines sonntags kamen und die Eltern baten, zu einer lateinischen Messe in die Kirche gehen zu dürfen.

Es ist noch nicht vorbei, wie haben den Kampf gegen die sozialistischen Wokeness-Horden noch lange nicht verloren, versicherten wir uns. Und den Eindruck konnte man auch gestern im MCC gewinnen, denn sehr viele junge Leute waren hier, nicht nur alte Säcke wie ich. Junge Leute, die begeistert sind von Orban und Fidesz, die an eine gute Zukunft glauben, weil sie Olaf Scholz und Christine Lambrecht auch gar nicht kennen.

Und, was mir gut gefallen hat, nahezu jeder und jede, mit denen ich ins Gespräch kam, outete sich – wann immer die USA ins Spiel kamen – als Verehrer von Ronald Reagan, den US-Präsidenten, der meine politische Sozialisation geprägt hat wie kaum ein anderer. Reagan – der ist mein und unser konservativer Allzeit-Held, so wie Papst Johannes Paul II. meine geistliche Inspiration für den Rest meines Lebens sein wird.

Und damit komme ich zu Aleksandra aus Polen, die ich zufällig im Getümmel entdeckte und erst gar nicht erkannte, weil sie so unglaublich glücklich aussieht, seit sie verheiratet ist. Aleksandra Rybińska, eine tolle und kluge Kollegin, die vor zwei Jahren auch mein Gast beim Schwarmintelligenz-Treffen in Erfurt war. Es hat fast etwas von einem Familientreffen hier in Budapest gestern Abend und auch heute Morgen beim Frühstück mit Paprikagemüse statt Bacon zum Rührei. An nahezu jedem Tisch saßen konservative Kollegen aus aller Welt, fast alle viel jünger als ich, was mir das gute Gefühl gab, dass ich a) ja auch noch nicht so alt bin und b) dass es eine Zukunft gibt und das Konservative und die Freiheit noch lange keine Auslaufmodelle sind.

Mein Freund René Nehring von der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der eine ganze Woche rund um die Wahlen hier ist, stellte mir viele Kollegen vor, die er schon in den vergangenen Tagen vor mir kennengelernt hatte – aus Polen, aus Spanien, aus Venezuela und – klar – natürlich auch einen jungen Amerikaner aus Texas/USA. Woher denn sonst, oder?

Wenn ich morgen Mittag zurück nach Deutschland fliege, dann habe ich viele Visitenkarten im Gepäck, hoffentlich reicht mein Koffer aus dafür. So viele neue Gesichter, so viele neue politische Freunde, da gibt es viel abzuarbeiten. Für mein nächstes Schwarmintelligenztreffen im Oktober in Nürnberg habe ich gestern Abend Gäste aus Ungarn und Polen gewinnen können, heute ist noch Netzwerken angesagt und noch eine Pizza „Quattro Formaggi“ in dem leicht angeranzten Laden mit den unfassbar freundlichen Kellnern. Ob Ungarn, die erstmals nach Deutschland kommen, das wohl auch so empfinden, wenn sie auf unsere heimische Gastronomie stoßen? In einem Kölner Brauhaus wohl eher nicht, aber für jemanden aus Ungarn wäre ein badisches Gasthaus „Zum Adler“ wohl ähnlich exotisch wie für mich gestern diese kleine Pizzeria in der Altstadt von Budapest.

***Die Vernetzung von Journalisten, die nicht mit dem Strom schwimmen, ist ein teurer Spaß. Teuer, aber eben auch Spaß. Wenn es Ihnen möglich ist, bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit diesem Blog auf PAYPAL hier oder durch eine Spende auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !***